

Salzburg, am 23. 04 .2026

PRESSEAUSSENDUNG

## **Wolfsabschüsse gefährden Bauern und Fördergelder – Salzburg riskiert EU-Verfahren**

Der Naturschutzbund Salzburg erkennt die Herausforderungen für die Weidetierhaltung ausdrücklich an. Tragfähige Lösungen sind jedoch nur durch einen sachlichen, fachlich fundierten Dialog möglich – unter Einbindung aller betroffenen Akteure, insbesondere aus Landwirtschaft, Naturschutz, dem Österreichzentrum BärLuchsWolf und der Jägerschaft. Gleichzeitig braucht es eine konsequente Umsetzung und ausreichende Finanzierung präventiver Maßnahmen.

Die geplante Salzburger Verordnung zu präventiven Wolfsabschüssen ist hingegen rechtlich hoch problematisch und geht letztlich zulasten der Landwirtschaft. Abschüsse ohne vorherigen Herdenschutz verstoßen gegen die Habitatrichtlinie sowie gegen die klare Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union (etwa im Urteil C-674/17).

Dabei sind wirksame Präventionsmaßnahmen längst verfügbar und finanzierbar: Herdenschutzhunde, Zäune und betriebliche Anpassungen können umfassend über EU-Mittel gefördert werden. Abschüsse sind rechtlich nur dann zulässig, wenn diese Maßnahmen zuvor ausgeschöpft wurden – nicht als Ersatz dafür.

Für Österreich ist ein Vertragsverletzungsverfahren daher nur eine Frage der Zeit. Die Folgen tragen vor allem die Bauern: drohende Kürzungen bei EU-Agrarförderungen, strengere Auflagen und zunehmende Kontrollen.

Im Falle einer Verurteilung trifft die rechtliche Verantwortung ausschließlich die Republik Österreich. Politisch liegt sie jedoch bei jenen Entscheidungsträgern, die unionsrechtswidrige Regelungen erlassen oder einen rechtskonformen Vollzug nicht sichergestellt haben – insbesondere bei den zuständigen Mitgliedern der Salzburger Landesregierung sowie den verantwortlichen Ressorts für Prävention und Förderung im Bereich Landwirtschaft.

Und was passiert, wenn der Bund versucht, sich die Kosten zurückzuholen? Sollte die Republik Österreich zu Strafzahlungen verpflichtet werden, wäre es denkbar, dass der Bund diese im Rahmen der innerstaatlichen Finanzverantwortung dem

Land Salzburg anlastet. Eine solche Kostenweitergabe ist rechtlich nicht ausgeschlossen – auch wenn sie politisch äußerst heikel wäre.

Diese Politik schadet den Bauern doppelt: Der Abschuss von Wölfen mag kurzfristig ein Gefühl der Sicherheit vermitteln, verhindert aber langfristig nachhaltige Lösungen. Funktionierende Prävention wird vernachlässigt, während gleichzeitig wichtige Fördermittel aufs Spiel gesetzt werden.

Der Verdacht liegt nahe, dass die Wolfsdebatte als Ablenkung dient: Während öffentlich über Abschüsse diskutiert wird, fehlen konkrete Lösungen zur rechtzeitigen Sicherung von Fördergeldern für kleinstrukturierte Landwirtschaften im Rahmen der Renaturierungsverordnung. Immerhin läuft der entscheidende Maßnahmenplan bereits im August/September dieses Jahres aus.